

Begrüßung

Wolfgang Hötzel,
Leitender Ministerialrat und stellvertretender Leiter der Abteilung Familie im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Familienpolitik ist Querschnittspolitik; wir kümmern uns um viele Themen, so auch um das Anliegen einer wachsenden Gruppe von Familien, die die Verantwortung für die Pflege von Angehörigen mit Erwerbstätigkeit zu vereinbaren suchen.

Die Tagung haben wir gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Schneider von der Johannes Gutenberg-Universität, Fachbereich Soziologie, erdacht und vorbereitet. Ich begrüße Sie und Ihre Mitarbeiterin Frau Häuser ganz besonders herzlich.

- Ich personifiziere heute Morgen die erste der sich hoffentlich in Grenzen haltenden Abweichungen vom ausgewiesenen Tagungsprogramm. Eigentlich wollte Herr Staatssekretär Dr. Auernheimer die Tagung eröffnen. Er muss heute noch früher als es zunächst geplant war im Landtag sein, um unseren Haushalt in den „entscheidenden“ Beratungen zu vertreten. Er hätte gern selber deutlich gemacht, welchen zentralen Stellenwert das Thema Pflege hat und dass dem Anliegen auch eine wachsende familienpolitische Bedeutung zukommt. Schade, dass es so ist; wir wünschen ihm dafür umso mehr Erfolg im Landtag.
- Die heutige Tagung ist ein Gemeinschaftsprojekt: Als dritten Partner haben wir das Bundesforum Familie mit ins Boot geholt und uns auf diese Weise auch finanzielle Unterstützung verschafft.

Die Beteiligung des Bundesforums Familie lag nahe, weil es zurzeit mit dem großen Thema „Familie und Generationen“ befasst ist. Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass die Pflege von Angehörigen und die öffentliche Verantwortung für angemessene Rahmenbedingungen und bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen zum Kern einer familienorientierten Generationenpolitik gehört.

Ich begrüße sehr herzlich Frau Magda Göller. Sie ist Mitglied der so genannten Steuerungsgruppe – gewissermaßen des Vorstands des Bundesforums Familie; sie wird gleich ihr Grußwort an uns richten.

- Ich will noch einmal betonen, dass es sich bei dieser Tagung um eine **familienpolitische** Veranstaltung handelt. Idee und Initiative für diese Tagung haben sich auf der familienpolitischen Schiene entwickelt. Hier nenne ich auch ganz prominent den Landesbeirat für Familienpolitik. Einige Mitglieder sind hier, die ich herzlich begrüße.

Der Landesbeirat für Familienpolitik widmet sich unter anderem besonders dem Thema „Familie und Arbeit“. Gleichzeitig hat Frau Ministerin Dreyer im Rahmen der familienpolitischen Kampagne „Viva Familia“ als eine der fünf Säulen für das Anliegen „familienbewusste Arbeitswelt“ einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. In diesem Kontext ist die Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

nicht nur als Anliegen von Eltern mit kleinen Kindern relevant, sondern auch dann, wenn die Pflege Angehöriger ansteht und hierfür neben und zusätzlich zur Erwerbsarbeit Zeit und Kraft abverlangt wird. Immerhin können wir Ihnen heute als konkreten, handlungsrelevanten Beitrag zum Thema die in Verantwortung von Prof. Schneider erarbeitete und vom Land finanzierte Studie „Familienpflege und Erwerbstätigkeit“ vorstellen.

- Vom Thema sind viele betroffen. Verantwortungen und Lösungsmöglichkeiten sind vielschichtig. Deshalb haben wir breit eingeladen, um alle relevanten Akteure zu erreichen. Natürlich war es uns ganz besonders wichtig, Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitswelt anzusprechen und für die Tagung zu gewinnen.

Der Dialog mit bzw. unter Beteiligung der Unternehmen muss intensiver und selbstverständlicher werden, weil relevante Interessen und Bedürfnisse – die individuellen wie die wirtschaftlichen Interessen – sich zukünftig nur in stärkerer Vernetzung und Kooperation realisieren lassen. Familienpolitik muss sich für diesen Dialog zusätzliche Kompetenzen und Zugänge schaffen.

- Im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen gibt es für die Bearbeitung des Themas „Familie und Pflege“ zwei zentrale Orte bzw. Zuständigkeiten. Es wird gewissermaßen von beiden Seiten angegangen:

Die eine Seite: Frau Ministerin Dreyer hat seit Beginn ihrer Amtszeit die Qualität der Pflege älterer Menschen zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht. Dafür steht die Initiative „Menschen pflegen“, die als abteilungsübergreifendes Projekt entwickelt und koordiniert wird.

Gleichzeitig – auch angeregt durch das Projekt „Menschen pflegen“ – haben wir als familienpolitische Akteure erkannt, dass die Situation der mit „Pflege“ befassten Familien auch als originär familienpolitisches Anliegen bearbeitet werden muss. Das bedeutet keinen Schwenk weg von der maßgeblich auf Kinder und deren Wohlergehen zentrierten Familienpolitik und Familienförderung. Es ist – lediglich, aber sehr wichtig – die Öffnung des Blickwinkels familienpolitischer Wahrnehmung eben auch auf andere Familiensituationen und Familienkonstellationen.

Eine kindorientierte, auf Lebensbeginn ausgerichtete und andererseits eine auf „Alter“ bezogene Familienpolitik sind keine Konkurrenten. Die Aspekte gehören zusammen. Die Anliegen sind oft ähnlich, mitunter identisch, sie werden aber nicht automatisch und selbstverständlich in gleicher Weise wahrgenommen. Die Pflege von Angehörigen ist – ganz anders als die Erziehungsverantwortung für Kinder – so gut wie noch gar nicht ins Bewusstsein vorgerückt, wenn es um Konzepte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit geht oder um ganz konkrete Rücksichtnahme am Arbeitsplatz. Wenn überhaupt, dann sind kleine Kinder und zudem weitgehend nur die Mütter im Focus der Aufmerksamkeit. Wie gesagt, wir wollen den Blickwinkel nicht verändern, sondern (nur) den Blick für andere Lebensphasen öffnen.

- Eine maßgebende, generelle Zielsetzung muss sein – das ist eine Grundbedingung für auf Zukunft hin tragfähige Lösungen – die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Ohne sie, d. h. ohne konsequente Anerkennung der Rechte der Frauen und ihrer auf Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit ausgerichteten Rollenerwartungen lässt sich persönliche Fürsorge für andere Menschen – ob nun für Kinder oder für alte Menschen – nicht mehr in dem gewünschten und notwendigen Maß dauerhaft sicherstellen.

Viele Studien, insbesondere der 7. Familienbericht der Bundesregierung, weisen deutlich darauf hin, dass Familie, d. h. die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, sie zu erziehen oder andere Fürsorgeleistungen in der Familie, wie die Pflege von Angehörigen, zu erbringen, immer weniger als selbstverständliche, naturwüchsige Ressource unterstellt werden kann.

Die Frage, wie wir Familie effektiv und bedarfsgerecht fördern, stellt sich heute in einer Phase grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen. Wir befinden uns fundamental in einer Situation des Übergangs und können uns nicht mehr auf vertraute Selbstverständlichkeiten verlassen. Die Menschen haben mehr und mehr die Freiheit und auch die Verantwortung, für sich persönlich verantwortbare, tragfähige Lebenskonzepte zu entscheiden. Sie treffen ihre Entscheidungen unter grundlegend veränderten ökonomischen Bedingungen; eigene persönliche Erwerbstätigkeit und soziale Sicherung gerade auch für Frauen – auch für Frauen mit Kindern – sind lebenswichtig und werden zukünftig noch mehr die Normalität bestimmen.

Und sie treffen ihre Entscheidungen unter stark veränderten persönlichen Lebensperspektiven: Frauen verbleiben, wenn sie überhaupt Kinder bekommen, nach der Erziehungsphase noch 30 bis 45 Jahre gestaltbaren Lebens! Die Mutterrolle und die hieraus erwachsende Fürsorgerolle werden damit nur noch zu einer wählbaren Option für Frauenbiographien.

D. h. vereinfacht ausgedrückt: Frauen „funktionieren“ nicht mehr so wie gehabt. Gleichberechtigte Teilhabe der Männer an der Erfüllung von Fürsorgeleistungen ist *conditio sine qua non*. Die Chancen auf diesem Feld Annäherungen zu erreichen, liegen vor allem in einer stärker auf soziale Kompetenzen ausgerichteten männlichen Sozialisation! Damit gemeint sind familiäre Erziehung, Bildung und Erziehung in Kita, Schule und Ausbildung, medial vermittelte Leitbilder, politische Setzungen wie die „Vätermonate“ beim neuen Elterngeld und ganz wichtig die positiven Vorbilder.

Klar ist jedenfalls: Die herkömmliche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Männer für Erwerbsarbeit und Frauen für Fürsorge – wird nicht mehr funktionieren. Frauen sind gut ausgebildet, sie werden künftig vom Arbeitsmarkt gebraucht und ihr Einkommen ist in aller Regel auch für die Wohlstandssicherung/Familienökonomie und zur eigenen sozialen Sicherung notwendig, zumal das Einkommen des bisherigen „Hauptverdieners“ nicht mehr sicher ist. Mit dieser Entwicklung zunehmender Erwerbstätigkeit fließt mehr und mehr Zeit in die Wirtschaft; für Fürsorgeleistungen wird dementsprechend das Zeitbudget immer kleiner.

- Ich richte deshalb zum Schluss meiner Begrüßung und zugleich zum Anfang unserer Tagung den Blick auf die öffentliche Verantwortung von Staat und Gesellschaft. Alle gemeinsam – die staatliche Gemeinschaft und die gesellschaftlich relevanten Kräfte – müssen sich fragen, wie auf Dauer trotz der grundlegenden gesellschaftlichen, strukturellen und lebensbiografischen Veränderungen „Fürsorge“ – gemeint sind die vielen unerlässlichen personalen Zuwendungen, die nicht direkt nach Lohn und Gegenleistung fragen; sie werden von Sozialwissenschaftlern bevorzugt mit dem englischen Wort „care“ benannt – wie also „care“ in dem existentiell notwendigen Maß zukünftig sicherzustellen ist.
- 1. Eine Antwort lautet: Rahmenbedingungen familienbewusst und care-förderlich gestalten. Einen wichtigen Aspekt bearbeiten wir heute: Bessere Bedingungen, um Aufgaben der Pflege leichter mit Erwerbstätigkeit vereinbaren zu können.

2. Ein zweiter Ansatz: Auch gesetzliche, rechtliche Rahmenbedingungen lassen sich überprüfen und gegebenenfalls ändern, um z. B. durch eine verstärkte Anerkennung von care-Leistungen für die berufliche Qualifikation oder durch eine – heute Nachmittag besonders zur Sprache kommende – „Pflegezeit“ familienbezogene Arbeit zu unterstützen. Es ist an der Zeit über eine gesetzliche Regelung nachzudenken, die einen Beitrag dazu leistet, nicht bedingungslos vor das Entweder-Oder gestellt zu sein, wenn es um Erwerbstätigkeit und Pflege geht; „Pflegezeit“ vor allem als Organisations- und Managementzeit.
3. Eine weitere Voraussetzung ist: Verantwortung für care nicht wie bisher bei den Frauen belassen, sondern die Männer gleichberechtigt einbeziehen: Sie können es: Die Tatsache, dass Männer zumeist im Bedarfsfall selbstverständlich ihre pflegebedürftigen Frauen pflegen, belegt dies.
4. Eine dritte Antwort lautet: Nicht die Verantwortung umfassend auf die Familien abladen: „Zuförderst“ im Sinne von Artikel 6 Grundgesetz heißt nicht „allein“. Mehr öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern ist ein Stichwort hierzu. Bezogen auf das Thema Pflege von Angehörigen heißt das: Die Familien müssen nicht alles allein und selbst schultern; offenbar ist es gerade typisch für Frauen: Wenn ich es mache, dann richtig und voll. Viele können als care-Träger mithelfen in einer solidarisch organisierten und gelebten Nachbarschaft. Viele können, wie z. B. oder insbesondere die Arbeitgeber, Rahmenbedingungen, Alltagsbedingungen verbessern.

Die Initiative „Menschen pflegen“ setzt hier auch einen besonderen Schwerpunkt:

Unter der Überschrift „Familien im Pflegealltag unterstützen“ wurden zahlreiche Initiativen und Angebote entwickelt. Stellvertretend nenne ich hier nur

- das Schulungsprogramm für Angehörige von demenziell erkrankten Menschen,
- das Angebot der Haushaltsassistenten, um pflegende Angehörige im Pflegealltag zu entlasten,
- den Familienpflegeratgeber, der als Wegweiser hilft, schnell und gezielt Hilfe zu organisieren.

Vermutlich ist es vielen gar nicht bekannt: Wir haben in Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes und ortsnahe Angebot an Beratungs- und Koordinierungsstellen. Sie sind erste Ansprechpartner in Sachen Pflege für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich wünsche Ihnen und uns eine interessante und ergiebige Tagung.

Magda Göller,
Mitglied der Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie und
Leiterin des Wissenschaftlichen Instituts des Jugendhilfswerks, Freiburg

Sehr geehrter Herr Hötzel, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schneider, verehrte Damen und Herren,

mein Name ist Magda Göller und ich habe heute die Ehre und Freude, als Mitglied der Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie, dessen Sprecher, Herr Norbert Hocke, heute leider verhindert ist, zu vertreten. Er lässt Sie herzlich grüßen und wünscht der Tagung einen guten Verlauf und uns allen wertvolle Erkenntnisse.

Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorstellung des Bundesforums Familie, das als Mitveranstalter dieser Tagung auftritt. Das Bundesforum Familie ist ein bundesweiter Zusammenschluss von nahezu 100 verschiedenen Organisationen, Trägern und Einrichtungen wie z. B. Familienverbände, Institutionen und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Parteien, Mitgliedern aus Fachgremien, Gewerkschaften, Ministerien sowie Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaft.

Das Bundesforum Familie ist ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienverbände e. V. und geht in seiner Entstehungsgeschichte (mit verschiedenen Vorläufern) bis ins internationale Jahr der Familie 1994 zurück.

Die Arbeitsweise des Bundesforums Familie zeichnet sich aus durch seine intensive Arbeit an gesellschaftlich und familienpolitisch relevanten Themen, die jeweils in einem Zeitraum von 2 Jahren bearbeitet werden.

Als Themen wurden bisher behandelt:

- „Familie und Medien“,
- „Familie und Migration“.

Das derzeitige Thema ist:

- „Familie und Generationen“.

Diese Themen wurden und werden auch weiterhin in unterschiedlichen Arbeitsformen, z. B. in Arbeitsgruppen, im Lenkungsreis, auf Zukunftskonferenzen und im Rahmen von Fachtagungen bearbeitet. Insofern befinden wir uns mit der Beteiligung an dieser Tagung durchaus in der Traditionslinie des Bundesforums Familie.

Was ist nun das Spezifikum des Bundesforums Familie?

Neben den bereits erwähnten Strukturmerkmalen eines bundesweiten, breiten Bündnisses und der Bearbeitung von gesellschaftlich und familienpolitisch relevanten Themen, zeichnet sich das Bundesforum Familie insbesondere durch die Selbstverpflichtung seiner Mitgliedsorganisationen aus, die Ergebnisse in ihren jeweiligen Arbeitszusammenhängen – auch über den zwei-Jahres-Rhythmus hinaus – zu implementieren und weiter zu entwickeln. Die Nachhaltigkeit der bearbeiteten Themen ist auf diese Weise in einzigartiger Form gewährleistet.

In diesem Kontext freuen wir uns auf die Ergebnisse der Studie, die wir im Laufe dieser Tagung vorgestellt bekommen, genauso, wie über die vielfältigen Beispiele von Unterstützungsformen für pflegende Angehörige. Wir werden diese Informationen und die Erkenntnisse des heutigen Tages in unseren weiteren Beratungsprozess einbeziehen.

So viel zunächst zur Struktur und Arbeitsweise des Bundesforums Familie. Falls Sie weitergehendes Interesse an unserer Arbeit haben, steht Ihnen Herr Hobohm aus der Geschäftsstelle, der auch einige Informationsmaterialien und Arbeitsergebnisse des Bundesforums Familie mitgebracht hat, oder auch ich als Ansprechpartner/in zur Verfügung.

Gestatten Sie mir nun noch einige Worte zur heutigen Tagung, die für das Bundesforum Familie einen bedeutenden Aspekt – nämlich die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Beruf – im übergreifenden Thema „Familie und Generationen“ darstellt und aus meiner Sicht in einen größeren gesellschaftspolitischen Rahmen einzuordnen ist.

Lassen sie mich deshalb etwas ausholen: Das gesellschaftliche Bewusstsein über die Bedeutung und den „Mehrwert“ von Familienarbeit hat erfreulicherweise in den letzten Jahren zugenommen.

Es ist noch nicht sehr lange her, dass der Altbundeskanzler, von „Gedöns“ gesprochen hat, wenn er Familie gemeint hat. Noch während seiner Amtszeit wurde ihm, nicht zuletzt unterstützt durch die damalige Familienministerin Renate Schmidt, deutlich, welche gesellschaftliche Bedeutung und ökonomischen Ressourcen der Familie zugeschrieben werden müssen. Die Familie wurde als Humankapital der Gesellschaft erkannt und Familienfreundlichkeit auch in der Wirtschaft als Standortvorteil entdeckt.

Vor allem aber ist es selbstbewussten Frauen zu verdanken, die die Bedeutung der Familienarbeit aus ihrem privaten „Schattendasein“ befreit und diese ans Licht der Öffentlichkeit gebracht haben. Frauen sind zunehmend weniger bereit, freiwillig und einseitig die Belastungen der Familienarbeit zu übernehmen. Der Rückgang der Fertilitätsrate soll hier nur als ein Beispiel genannt werden.

Die in diesem Kontext in den letzten Jahren breit geführte Diskussion hatte insbesondere Eltern mit kleinen Kindern im Fokus. Die entsprechenden Maßnahmen und Gesetze (z. B. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren, Erziehungsgeldgesetz, Tagesbetreuungsausbaugesetz etc.) sind entsprechend an junge Familien gerichtet.

Angebote und Regelungen für Erwerbstätige mit älteren und/oder zu pflegenden Angehörigen sind hingegen Mangelware. Die Pflege von Angehörigen innerhalb der Familie ist bisher weitestgehend Privatsache und muss individuell, in der Regel (wieder einmal) zu Lasten der Frauen, organisiert werden. Wenn sich nun jedoch die Frauen auch in diesem Bereich verweigern? Dann haben wir ein großes gesellschaftliches Problem, das durch die demografische Entwicklung noch zusätzlichen Sprengstoff bekommt. Die Brisanz hat inzwischen auch die Politik erkannt, was zu einem Bedeutungszuwachs der Familienarbeit in den öffentlichen und politischen Diskussionen geführt hat und teilweise durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, wie z. B. die zu den lokalen Bündnissen für Familie, unterstützt wurde.

Allerdings werden demografische Argumente auch häufig gerade zur Legitimation von Schritten hin zum mageren Staat angeführt. Eine „Renaissance der Familie“, reduziert auf eine den Staat entlastende Funktion, wie sie von einigen Politikern propagiert wird und z. B. auch im Bildungsbereich zu beobachten ist (vgl. Dr. Benjamin Benz im AWO Sozialbericht 2006, Chancengerechtigkeit durch Bildung, Chancengerechtigkeit in der Bildung) ist äußerst prekär. Die staatliche Entlastung hinge einseitig von den jeweili-

gen materiellen Ressourcen der Familien ab und würde die bestehenden sozialen Differenzen nur noch verschärfen.

Deshalb ist die derzeitige Diskussion, die im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung von vielen Politikerinnen und Politikern geführt wird und in der Regel reduziert ist auf die ökonomischen Herausforderungen zur „Sicherung“ der Rente, zu kritisieren. Die Gefährdung des Generationenvertrags steht in defizitärer Betrachtungsweise im Fokus und nicht etwa die familialen Leistungen und grundsätzliche gesellschaftspolitische Fragestellungen wie sie z. B. Dietrich Grönemeyer in seinem neuen Buch „Lebe mit Herz und Seele – sieben Haltungen zur Lebenskunst“ stellt und eine lokale res publica comunis, eine Netzwerk-Community, fordert oder wie sie derzeit in der Kampagne der Aktion Mensch „die Gesellschafter“ diskutiert wird.

Vielmehr wird uns derzeit durch die Politik eine „Reform“ nach der anderen beschert, mit teilweise schweren finanziellen Einbußen für die Bevölkerung. Diese Ansätze greifen meines Erachtens alle zu kurz (sie sind eben auf den ökonomischen Bereich beschränkt). Wir täten meiner Überzeugung nach vielmehr gut daran, die durchaus vorhandenen Ressourcen zu nutzen. Ich komme später darauf zurück. Wir stehen vor zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und brauchen viele kreative Lösungsansätze. Damit die aktuellen und zukünftigen Probleme nicht zu weiteren Restriktionen führen und gesellschaftliche Probleme zunehmend privatisiert werden gilt es, gemeinsam neue Interventionen und Unterstützungsformen zu entwickeln. Hier haben die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Verantwortung zu übernehmen:

Die **Politik** ist verantwortlich für die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Familien, die hilfreich für alle Generationen sind.

Die **Wirtschaft** profitiert von klugen Unterstützungsformen für Familien, durch die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Einschlägige Studien zeigen, dass zufriedene und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Kopf für ihre Arbeit frei haben, bessere Arbeitsleistungen bringen. Die Wirtschaft tut deshalb im eigenen Interesse gut daran, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen und sich an einer entsprechenden Angebotsstruktur zu beteiligen.

Die professionellen **Einrichtungen und Dienste** haben sich noch mehr als bisher auf die individuellen Bedürfnisse von Familien einzustellen und haben „Hilfen aus einer Hand“ und kurze Wege zu gewährleisten. Auch hier gilt es noch viel zu entwickeln! So gehen z. B. viele Institutionen noch nicht ausreichend auf die inzwischen sehr vielfältig differenzierten Familienformen oder die Bedürfnisse und spezielle Problematik von Migrantinnen und Migranten ein. Hier gilt es neue Formen in der Angebotsstruktur zu entwickeln, die dem aktuellen Bedarf entsprechen.

Ein weites Feld, das aus meiner Sicht besonders kreativ und ausbaufähig ist, ist **der nicht professionelle Bereich** zu dem die verschiedenen Projekte der **Selbsthilfe** gehören. Dabei ist nicht so sehr die klassische Form des Ehrenamtes gemeint, die jahrzehntelang praktiziert wurde, die sich jedoch im stetigen Rücklauf befindet, sondern vielmehr neue Formen, die den individuellen Bedürfnissen der Beteiligten entgegen kommen und von denen die Akteure generationenübergreifend von einander profitieren (können).

Unter gemeinsamer Verantwortung verstehe ich ein intelligentes Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, professionellen und freiwilligen Angeboten zur Gestaltung von Pflegenetzwerken, die den Interessen und Bedürfnissen (die sich ja bekanntlich ändern) der Betroffenen entsprechend flexibel angepasst werden können. Wichtig ist hierbei die unterschiedlichen Bedürfnislagen zu berücksichtigen und vor allem: die Betroffenen zu beteiligen.

Dort wo heute, bedingt durch die Forderungen des Arbeitsmarktes nach Mobilität und Flexibilität ihrer Beschäftigten, durch veränderte Lebens- und Wohnformen das Familienleben nicht mehr „natürlich“ in den Arbeitsalltag zu integrieren ist, wo keine Geschwister, Großeltern, Tanten etc. unkompliziert Aufgaben übernehmen können, muss Politik und Gesellschaft, aber auch die Wirtschaft, unterstützend „eingreifen“. Die bisherigen Rahmenbedingungen und auch die Angebotsformen sind häufig nicht passgenau. Darüber hinaus haben wir große Integrationsleistungen mit Blick auf die soziale Schere zu erbringen.

Während wir historisch betrachtet die wohlhabendste Rentnergeneration haben (lediglich 6% der über 60-Jährigen ist auf Sozialhilfe angewiesen), nimmt die Armut von Kindern und Jugendlichen (37% der unter 18-Jährigen benötigt Sozialhilfe) stetig zu.

Während die Reichen immer reicher werden, werden die Armen immer ärmer. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeichnet diese Entwicklung deutlich nach.

Wir haben schon heute und werden zunehmend Finanzierungsproblematiken bekommen für die Alten- und Pflegeheime. Diejenigen, die es sich leisten können, werden ihr Älterwerden privat und individuell organisieren und diejenigen, die es sich nicht leisten können, sind auf eine Minimalversorgung angewiesen. Aus meiner Sicht droht in der Zukunft eine Zuspitzung von privat geregelter Pflege und „Armenheimen“ (um nicht das unschöne Wort der „Siechenheime“ zu benutzen).

Um Missverständnisse zu vermeiden: Es geht nicht darum, Schwarzmalerei zu betreiben. Es geht vielmehr darum, Tendenzen richtig einzuschätzen, um angemessen und vor allem frühzeitig darauf reagieren zu können. Es gilt die Potentiale zu erkennen und die vorhandenen Ressourcen zu nutzen.

Wir freuen uns über das steigende Lebensalter von derzeit 26% der über 58-jährigen.

Wir freuen uns über eine gute Prävention für das Älterwerden durch gesunde Ernährung, gute Vorsorgeprogramme und gesunden Lebensstil in Form von geistiger und körperlicher Aktivität.

Wir freuen uns über neue Lebens- und Kommunikationsformen wie sie z. B. Henning Scherf in seinem Buch „Grau ist bunt“ beschreibt.

Alte Menschen sind heute fit wie nie (der 5. Altenbericht der Bundesregierung liefert hierfür zahlreiche Belege) und sie sind zu großen Teilen bereit, ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihr Engagement in die Gesellschaft einzubringen. Sie möchten aber den Ort, den Zeitpunkt und den Grad ihres Engagements selbst bestimmen und wir haben dies zu respektieren.

Bereits Hippokrates wusste: „Alle Teile altern gut, wenn sie in Gebrauch sind. Nichtgebrauch führt zur Verkümmern“. Zahlreiche aktuelle Studien z. B. in der Medizinsoziologie (Prof. Johannes Sigrist, Uni Düsseldorf) haben diese Erkenntnis belegt. Die Notwendigkeit von körperlicher und geistiger Aktivität bis ins hohe Alter ist weitgehend im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen auch, wenn dies nicht immer aktiv umgesetzt wird. Neuerdings wird in der Neurobiologie (Prof. Joachim Bauer, Uni Freiburg) zunehmend die Bedeutung von Wertschätzung und gegenseitiger Empathie für die Gesunderhaltung des Menschen nachgewiesen. Menschen – auch alte Menschen – brauchen die zwischenmenschliche Kommunikation und Wertschätzung und junge Menschen brauchen die Lebens- und Berufserfahrung von älteren Menschen.

Es gilt also einen „Schatz“ zu heben. Jedoch müssen wir, die Generation der „Chadulds“ wie es neudeutsch heißt, uns auf die Bedürfnisse der älteren Generation und deren Bereitschaft zum intergenerativen Dialog einlassen. Es gilt, passende Formen für alle Beteiligten zu finden. Ob daraus eine neue soziale Bürgerbewegung entsteht, wie dies Prof. Klaus Dörner (Westfälische Klinik für Psychiatrie und Psycho-

therapie, Gütersloh) für möglich hält, bleibt abzuwarten. Beeindruckend bleiben in jedem Fall die von ihm beschriebenen Beispiele für „gelebte Träume“ zur Integration der Alten, Pflegebedürftigen und Dementen in verschiedenen Städten und Regionen Deutschlands (Schwandorf-Bayern, Ettenheim-Baden, Minden-Westfalen etc.).

In jedem Fall hat er Recht mit seiner Aussage: „Da wir alle das wirklich Beste noch nicht wissen können, haben wir über die bisherigen Erfahrungen hinaus die Augen für etwas noch Besseres weit offen zu halten“.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine erfolgreiche Tagung mit vielen neuen Erkenntnissen.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Leiter der Abteilung „Soziologie der Familie und der privaten Lebensführung“ am
Institut für Soziologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie hier in den Räumen der Uni Mainz begrüßen zu dürfen und möchte Sie zur Tagung „Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege“ herzlich willkommen heißen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eines der großen gesellschaftspolitischen Themen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte in Deutschland.

Betrachtet man diesen Diskurs, ist kritisch anzumerken, dass die Debatte lange Zeit darunter gelitten hat, dass das Thema „Vereinbarkeit“ bis heute als Frauenthema verhandelt wird.

Wir können heute sagen, dass eine weitgehend am Ernährermodell der Familie ausgerichtete Familienpolitik, wie sie in der Bundesrepublik bis in die jüngste Vergangenheit betrieben worden ist und teilweise noch betrieben wird, den Rückzug der Frauen aus dem Berufsleben fördert – oder die Zunahme von Kinderlosigkeit.

Prominentes Beispiel ist der dreijährige Erziehungsurlaub, später umbenannt in Elternzeit. Eingeführt als Maßnahme zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf, hat er verbreitet zur Aussteuerung der Mütter aus dem Arbeitsmarkt beigetragen. Diese Wirkung wurde durch eine familienbewusste Personalpolitik verstärkt, die in vielen Unternehmen hauptsächlich an Frauen adressiert war.

Eine der großen Herausforderungen, mit denen sich Wirtschaft und Politik in den kommenden Jahren auseinandersetzen müssen, ist zu erkennen, dass die Vereinbarkeit kein Frauenthema ist, sondern ein Gestaltungsbereich, von dem alle Beschäftigten zunehmend betroffen sein werden.

Die Bestrebung der Bundesregierung, die Freistellungsdauer auf 12 Monate zu verkürzen und die zumindest angedachte stärkere Einbeziehung der Väter in die Familienarbeit sind in diesem Zusammenhang m.E. Schritte in die richtige Richtung.

Allerdings wird, falls dieses Angebot entsprechend in Anspruch genommen wird, rasch mit einer verschärften Knappheit der Angebote zur Kinderbetreuung vor allem bei den 1- 3-Jährigen zu rechnen sein. Daneben besteht eine zweite Herausforderung für die Familien- und für die Personalpolitik darin, deutlicher zu erkennen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur auf eine kurze Phase mit Kleinkindern beschränkt bleibt, sondern, mit Blick auf die wachsenden Aufgaben im Bereich der familialen Pflege, größere Teile des Erwerbslebens betrifft.

Drei Entwicklungen tragen dazu bei, dass das Thema Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege schon bald eine größere Bedeutung gewinnen wird.

1. In Folge der demografisch bedingten Alterung der Gesellschaft wird in den nächsten 15 Jahren die Zahl der Pflegebedürftigen um rund ein Drittel von derzeit etwa 2,1 auf dann 2,8 Millionen ansteigen.
2. Gleichzeitig wird die Zahl derer, die bisher hauptsächlich die Familienpflege geleistet haben, aufgrund des Wandels der Familie, bis 2020 um rund 20 Prozent sinken.
3. Drittens tragen die Veränderungen im Erwerbs- und Bildungsverhalten der Frauen dazu bei, dass diese nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie bisher zur Verfügung stehen werden. Töchter und Ehefrauen im sechsten Lebensjahrzehnt, die bislang in besonderem Maße

in die Familienpflege involviert waren, waren seltener erwerbstätig oder gaben ihre Erwerbstätigkeit im Pflegefall verbreitet auf.

Dies ist für die kommende Frauengeneration nicht mehr in gleicher Weise zu erwarten. Die nach 1960 geborenen Frauen sind in viel größerem Umfang erwerbstätig und werden, da sie wegen ihrer Qualifizierung besser bezahlte und interessantere berufliche Aufgaben wahrnehmen, nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit ihren Job aufgeben.

Die Idee zu dieser Tagung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist im Zusammenhang mit einem Projekt entstanden, das hier an der Uni Mainz durchgeführt und bis März diesen Jahres vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen finanziell gefördert worden ist.

Ziel dieses Projektes war es, Einblicke in das Handlungsfeld Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege aus Sicht der Unternehmen und der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu erhalten.

Ansatz und Ergebnisse dieser Studie werden Ihnen anschließend im Beitrag von Frau Häuser vorgestellt. Zudem liegt die Kurzfassung der Studie mit einigen Handlungsempfehlungen aus.

Ich meine, dass uns ein interessantes Programm erwartet. Die Mischung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Einblicken in die betriebliche Praxis, die Vorstellung von Angeboten zur Unterstützung pflegender Erwerbstätiger und die Sicht der Arbeitnehmervertretung verspricht einen informativen und anregenden Tag, mit vielen Impulsen für die weitere Arbeit.

Und das genau wünsche ich uns. Vielen Dank.